

Punkt 2 der öffentlichen Sitzung am 08. September 2009

Vorlagen-Nr. 08-F-25-0091

Bürgerinnen und Bürger mit Migrationshintergrund in die Feuerwehr!
- gem. Antrag von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 08.08.2008 -

Neben ihren originären Aufgaben im Zuge des Brand- und Zivilschutzes leisten die Freiwilligen Feuerwehren wichtige soziale und gesellschaftliche Aufgaben. Dies gilt insbesondere für die Jugendfeuerwehr. In den Jugendabteilungen der Feuerwehr werden Werte wie Gemeinsinn, Hilfsbereitschaft und gegenseitiges Verständnis in besonderer Weise vermittelt. Dies macht sie zu Orten, an denen Integration besonders gut gelebt werden kann. Allerdings sind Kinder und Jugendliche, insbesondere Mädchen mit Migrationshintergrund bei den Freiwilligen Feuerwehren deutlich unterdurchschnittlich vertreten. Ein Grund hierfür dürfte in dem Umstand begründet sein, dass die Institution „Freiwillige Feuerwehr“ in den meisten Herkunftsländern nicht bekannt ist.

Der Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration wolle daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, ein Konzept erstellen, um eine Aktion mit den Freiwilligen Feuerwehren und der Berufsfeuerwehr Wiesbaden ins Leben zu rufen, um auch den Migrantenanteil in den freiwilligen Feuerwehren zu erhöhen.

Beschluss Nr. 0058

1. Der Ausschuss nimmt den mündlichen Bericht von Herrn Hartenfels (Berufsfeuerwehr Wiesbaden) zur Kenntnis, wonach am 04.11.2009 erste Gespräche mit dem Moschee-Verein in Mainz-Kostheim zur Einbeziehung von Migrant/innen in die Feuerwehren angedacht sind.
2. Der Ausschuss erwartet in ca. 1 Jahr einen ersten Erfahrungsbericht über die erzielten Erfolge.

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .09.2009

Spallek
Vorsitzender

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Wiesbaden, .09.2009

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Thiels
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .09.2009

1. Dezernat I/37
mit der Bitte um weitere Veranlassung
2. Abdruck:
Dezernat VII
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Dr. Müller
Oberbürgermeister